

Manuskript

Beitrag: Deutsche Waffen für Lukaschenko – Wie ein Diktator seine Macht sichert

Sendung vom 8. September 2020

von Joachim Bartz und Ulrich Stoll

Anmoderation:

Bei Waffenexporten betont die Bundesregierung immer wieder gerne, wie restriktiv sie mit Genehmigungen umgeht. Keine Lieferungen deutscher Rüstungsgüter in Krisengebiete und Diktaturen, so das Mantra. Und wenn eine Firma deutsche Waffen im Ausland in Lizenz fertigen darf, dann sind diese Waffen nur für dieses Land. Wie aber kommen dann deutsche Waffen nach Belarus? Ausgerechnet Belarus, wo seit gestern Maria Kolesnikowa verschwunden ist, eine der wichtigsten Anführerinnen der Opposition. Und wo ein Diktator auf Demonstranten schießen lässt. Joachim Bartz und Ulrich Stoll über deutsche Waffen für Lukaschenkos Machterhalt.

Text:

Brutale Polizeigewalt, Tag für Tag in Weißrussland. Seit einem Monat protestieren die Menschen gegen das manipulierte Ergebnis der Präsidentschaftswahl und gegen den Terror des Diktators Alexander Lukaschenko. Der lässt inzwischen auf Demonstranten schießen, nicht nur in der Hauptstadt Minsk. Diese Telegram-Userin berichtet aus Brest, ein Wort: "Streljajut" - Sie schießen.

Dieses Video zeigt, wie der Demonstrant Alexander Tarajkowskij am Abend des 10. August erschossen wird, mutmaßlich von Polizisten der Sondereinheit Almaz.

Über den Telegram-Kanal „Nexta“ werden viele der Videos gepostet. Wir erreichen den Chefredakteur von „Nexta“, Roman Protasewitsch, im Exil in Warschau.

***O-Ton Roman Protasewitsch, Telegram-Kanal „Nexta“:
Die Erschießung von unbewaffneten Menschen – und
mindestens fünf wurden bereits umgebracht – ist ein
Kriegsverbrechen gegen das belarussische Volk. Dafür
müssen die Verantwortlichen vor ein internationales Tribunal
gestellt werden. Und ich hoffe, dass die Schuldigen bestraft***

werden.

Zahlreiche Fotos und Videos aus Belarus hat Fabian Schwalm ausgewertet, Rüstungsexperte bei Greenpeace. Er entdeckte bei belarussischen Polizeieinheiten eine bestimmte Waffe: die Pistole SIG Sauer P226.

O-Ton Fabian Schwalm, Greenpeace:

Bei SIG Sauer muss man sagen, dass es sich hierbei um eine deutsche Firma handelt, die von einer deutschen Holding geführt wird. Dies ist die L & O Holding in Emstetten, die Eigentümerin von SIG Sauer ist. Es ist also ganz klar, dass wir hier eine deutsche Waffe eines deutschen Herstellers in den Händen bei der belarussischen Polizei nachweisen konnten.

Wie kommen deutsche Waffen in die Hände einer Diktatur?

Gegen das Regime in Belarus hatte die EU im Juni 2011 ein Waffenembargo verhängt - wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen des Diktators Alexander Lukaschenko.

Auf Nachfrage erklärt die Bundesregierung gegenüber Frontal 21:

„An die Genehmigungserteilung für Exporte von Klein- und Leichtwaffen in Drittstaaten legt die Bundesregierung schon seit einigen Jahren besonders restriktive Maßstäbe an.“

Aus Regierungskreisen erfahren wir: Die Pistole SIG Sauer P226 und weitere deutsche Waffen würden schon seit 20 Jahren nicht mehr nach Belarus exportiert. Stimmt das?

Das belarussische Staatsfernsehen präsentiert im März 2012 Einheiten des Innenministeriums - und ihre Waffen. Im Film heißt es:

„Vor einem halben Jahr wurden für die Kämpfer des Innenministeriums Pistolen bei einer schweizerisch-deutschen Firma gekauft.“

Es ist die deutsche Pistole SIG Sauer P226.

O-Ton Fabian Schwalm, Greenpeace:

Wir haben Informationen erlangt, die auf eine Lieferung nach dem Embargo 2011 hindeuten, und zwar, dass sie im Herbst 2011 genau solche Pistolen von SIG Sauer erworben haben.

Ein Erlass des belarussischen Innenministeriums vom 25. Februar 2019 belegt: Eine Ausbildungseinheit der Polizei bekam 15 Pistolen SIG Sauer P226, eine andere 2.

Deutsche Pistolen für den Diktator. Wir fragen mehrfach nach beim deutschen Hersteller SIG Sauer - keine Antwort. Wie die Pistolen trotz Embargos nach Belarus kamen, bleibt unklar.

Fest steht: Bei einem Schießtraining russischer und belarussischer Geheimdienste feuert ein Schütze des belarussischen Geheimdienstes KGB mit der deutschen Pistole SIG Sauer P226.

Bei gleichen Training üben die belarussischen Kräfte mit einer weiteren deutschen Waffe: der Maschinenpistole MP5.

Entwickler der MP5 ist die deutsche Firma Heckler & Koch in Oberndorf in Baden-Württemberg. Der Waffenhersteller erklärt:

„Es gab und gibt keine geschäftlichen Beziehungen von Heckler & Koch nach Weißrussland/Belarus.“

Aber: Die Türkei baut die Maschinenpistole MP5 von Heckler & Koch – seit mehr als 30 Jahren in Lizenz – als Dienstwaffe für Sicherheitskräfte. Die Bundesregierung erlaubte dem türkischen Staatsunternehmen MKE die Produktion der Maschinenpistole - mit einer entscheidenden Auflage. Dazu teilte die Bundesregierung dem Parlament mit:

"Der von der Firma Heckler & Koch mit dem türkischen Unternehmen MKE abgeschlossene Lizenzvertrag sah eine Produktion nur für den Eigenbedarf vor."

Im Klartext: Exporte der in der Türkei produzierten MP5 in andere Staaten sind ausnahmslos verboten, bis heute.

Recherchen von Frontal 21 bei UNROCA, dem Waffenexportregister der UNO, belegen: Die Türkei exportierte noch 2016 nach Belarus 59 MP5A3 Maschinenpistolen - und missachtet damit das Ausfuhrverbot der Bundesregierung für die türkischen Lizenzwaffen.

**O-Ton Christian Schliemann, Europäisches Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR):
Die Bundesregierung hat jetzt eigentlich nur die Möglichkeit, politisch auf die Türkei einzuwirken und zu sagen, dass das nicht passieren soll - und gleichzeitig die zweite Ebene, auf der sie agieren kann, ist weitere Genehmigungsanträge von deutschen Firmen für Lieferungen in die Türkei abzulehnen, um auch dadurch Druck auszuüben, dass die Türkei nicht mehr weiter MP5 nach Weißrussland liefert.**

Nachfrage beim Regierungssprecher:

**O-Ton Frontal 21:
Wie reagiert die Bundesregierung darauf, dass die Türkei**

gegen die Abmachungen lizenzierte deutsche Kriegswaffen nach Belarus an Polizeibehörden auch nach dem Boykott noch geliefert hat?

O-Ton Steffen Seibert, Regierungssprecher:
Ich habe dazu jetzt keine Information, die müsste ich Ihnen nachreichen. Ich weiß nicht, ob die Kollegen des Wirtschaftsministeriums dazu -

Die Kollegen vom Wirtschaftsministerium hatte Frontal 21 vergangene Woche bereits zweimal schriftlich angefragt:

O-Ton Frontal 21:
Was wäre denn Ihre Reaktion darauf?

O-Ton Katharina Grave, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:
Ähm, tut mir leid, ich habe die entsprechenden Informationen nicht dabei, müsste ich nachreichen.

Am Abend wird nachgereicht. Auf die Frage, was die Regierung gegen Waffenexporte der Türkei an Belarus unternommen hat, teilt das Ministerium mit:

"Zum konkret angesprochenen Einzelfall: Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass wir zu konkreten Rüstungsexportentscheidungen der Bundesregierung keine Auskunft geben können."

Arnold Wallraff war bis vor drei Jahren Deutschlands oberster Kontrolleur für Waffenexporte. Die Lizenzproduktion deutscher Kriegswaffen in der Türkei sieht er heute kritisch.

O-Ton Arnold Wallraff, ehemaliger Präsident BAFA:
Angesichts der Fakten und des tatsächlichen Verhaltens der Türkei war es keine gute Idee, das der Türkei in einem Lizenzvertrag zu gestatten. In der Zukunft sollte das die Konsequenzen haben, als Sanktion dann keine Lizenzen mehr - oder vielleicht sogar noch eine Stufe weiter - als Sanktion überhaupt keine Rüstungsgüterexporte in die Türkei mehr.

In Deutschland entwickelte Waffen bei den Truppen von Lukaschenko: Niemand kann ausschließen, dass sie eingesetzt werden bei der Unterdrückung der Demokratiebewegung in Belarus.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.